

Global zu Hause

Familienunternehmen. Industriefirmen in Familienbesitz verdienen inzwischen fast jeden zweiten Euro im Ausland, Dienstleister immerhin jeden dritten. Der beste Kunde ist Frankreich – noch.

Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung (IfM) hat in Deutschland Anfang dieses Jahres 400 Familienunternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz befragt, wo sie ihr Geld verdienen – daheim oder in der Fremde. Danach setzt nur jedes 20. Industrieunternehmen seine Produkte allein in

Deutschland ab. Die Hälfte der Betriebe erzielt mindestens 50 Prozent des Umsatzes im Ausland.

Der wichtigste Auslandskunde für die Familienunternehmen ist Frankreich. China wird jedoch nach den Bekundungen der Firmeninhaber in den kommenden drei Jahren Frankreich vom Thron stoßen (Grafik).

Auch Russland macht als Handelspartner einen kräftigen Sprung nach vorn. Indien, das momentan gar nicht unter den Top Ten auftaucht, rückt der Befragung zufolge bis 2014 auf Rang fünf vor.

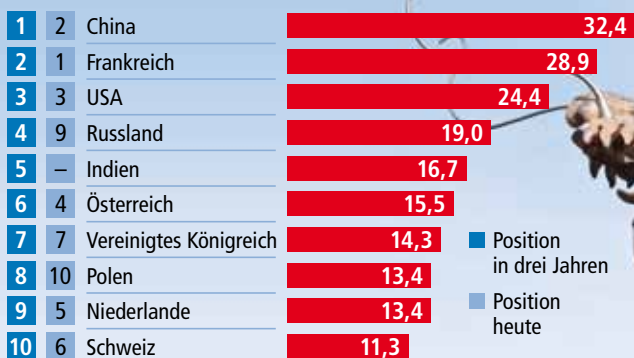
Die Familienunternehmen gehen bei der Eroberung ausländischer Absatzgebiete schrittweise vor: Erst nachdem die europäischen Märkte quasi zur Heimat geworden sind, expandieren sie nach Übersee. Das Wachstum wird bevorzugt aus den Einnahmen finanziert. Außerdem verfügen die meisten Familienbetriebe über ausreichend Eigenkapital, das sie auch längere Anlaufphasen auf neuen Märkten unbeschadet überstehen lässt.

Knapp die Hälfte der Familienunternehmen hat zudem eigene Produktionsstätten im Ausland.

Die Firmen brauchen ihre ausländischen Dependancen auch, um in der Nähe ihrer Kunden eine Anlaufstelle zu bieten – sei es, um auf Sonderwünsche einzugehen, Maschinen und Anlagen zu warten oder die Mitarbeiter vor Ort zu schulen.

Familienunternehmen: China wird Kunde Nummer eins

So viel Prozent der großen deutschen Familienunternehmen meinen, diese Länder seien in drei Jahren ihre wichtigsten Auslandskunden



Befragung von 336 Familienunternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz im Januar/Februar 2011
Mehrfachnennungen; Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 19

In dieser Woche

Fluggesellschaften: Emirates aus Dubai ist die Nummer eins im internationalen Luftverkehr, die Lufthansa rangiert nur knapp dahinter.
Seite 2

Bildung und Forschung: Auch ohne zusätzliche Mittel könnten die frühkindliche Förderung ausgebaut und innovative Forschungsanreize geschaffen werden.
Seite 3

Energie: Kohle und Erdgas sind so reichlich vorhanden, dass sie noch lange zur Energieversorgung beitragen können.
Seite 4-5

EU-Japan-Gipfel: Ende Mai beraten die Regierungen der Europäischen Union und Japans über ein mögliches bilaterales Handelsabkommen.
Seite 6-7

Kommunen: Rein statistisch verschwindet jeden zweiten Tag eine deutsche Gemeinde oder Kommune von der Landkarte.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Global zu Hause

Familienunternehmen. Industriefirmen in Familienbesitz verdienen inzwischen fast jeden zweiten Euro im Ausland, Dienstleister immerhin jeden dritten. Der beste Kunde ist Frankreich – noch.

Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung (IfM) hat in Deutschland Anfang dieses Jahres 400 Familienunternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz befragt, wo sie ihr Geld verdienen – daheim oder in der Fremde. Danach setzt nur jedes 20. Industrieunternehmen seine Produkte allein in

Deutschland ab. Die Hälfte der Betriebe erzielt mindestens 50 Prozent des Umsatzes im Ausland.

Der wichtigste Auslandskunde für die Familienunternehmen ist Frankreich. China wird jedoch nach den Bekundungen der Firmeninhaber in den kommenden drei Jahren Frankreich vom Thron stoßen (Grafik).

Auch Russland macht als Handelspartner einen kräftigen Sprung nach vorn. Indien, das momentan gar nicht unter den Top Ten auftaucht, rückt der Befragung zufolge bis 2014 auf Rang fünf vor.

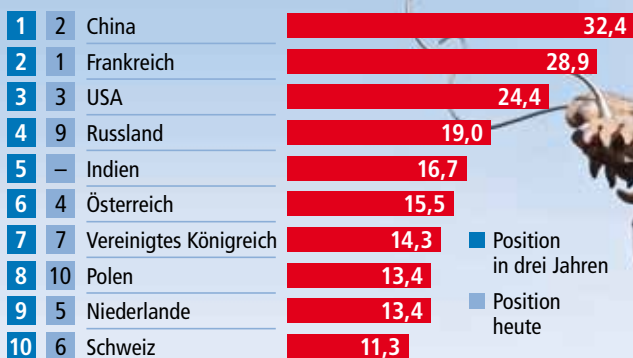
Die Familienunternehmen gehen bei der Eroberung ausländischer Absatzgebiete schrittweise vor: Erst nachdem die europäischen Märkte quasi zur Heimat geworden sind, expandieren sie nach Übersee. Das Wachstum wird bevorzugt aus den Einnahmen finanziert. Außerdem verfügen die meisten Familienbetriebe über ausreichend Eigenkapital, das sie auch längere Anlaufphasen auf neuen Märkten unbeschadet überstehen lässt.

Knapp die Hälfte der Familienunternehmen hat zudem eigene Produktionsstätten im Ausland.

Die Firmen brauchen ihre ausländischen Dependancen auch, um in der Nähe ihrer Kunden eine Anlaufstelle zu bieten – sei es, um auf Sonderwünsche einzugehen, Maschinen und Anlagen zu warten oder die Mitarbeiter vor Ort zu schulen.

Familienunternehmen: China wird Kunde Nummer eins

So viel Prozent der großen deutschen Familienunternehmen meinen, diese Länder seien in drei Jahren ihre wichtigsten Auslandskunden



Befragung von 336 Familienunternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz im Januar/Februar 2011
Mehrfachnennungen; Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 19

In dieser Woche

Fluggesellschaften: Emirates aus Dubai ist die Nummer eins im internationalen Luftverkehr, die Lufthansa rangiert nur knapp dahinter.
Seite 2

Bildung und Forschung: Auch ohne zusätzliche Mittel könnten die frühkindliche Förderung ausgebaut und innovative Forschungsanreize geschaffen werden.
Seite 3

Energie: Kohle und Erdgas sind so reichlich vorhanden, dass sie noch lange zur Energieversorgung beitragen können.
Seite 4-5

EU-Japan-Gipfel: Ende Mai beraten die Regierungen der Europäischen Union und Japans über ein mögliches bilaterales Handelsabkommen.
Seite 6-7

Vorleistungsverbund: Der Metall- und Elektro-Sektor bezieht seine Vorleistungen zur Hälfte aus der eigenen Branche.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Giganten der Lüfte

Fluggesellschaften. Im internationalen Luftverkehr belegt Emirates Rang eins der Airlines. Die Lufthansa allerdings fliegt – selbst ohne die Konzerntöchter einzurechnen – kaum weniger Passagiere rund um den Globus.

Es ist fast wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht. Nur 14 Jahre nach ihrer Gründung ist die Fluggesellschaft Emirates aus Dubai der größte internationale Carrier. Für 2009 weist die Airline 118 Milliarden grenzüberschreitende Passagierkilometer – Fluggäste mal zurückgelegte Kilometer – aus (Grafik).

Dass die arabische Megalinie einen derartigen Steigflug hingelegt hat, verdankt sie gleich mehreren Faktoren:

- Eigner des Mutterkonzerns der Airline ist das Herrscherhaus von Dubai. Dessen Finanzkraft macht den Einkauf neuer Jets vergleichsweise einfach (Kasten).
- Die Lage zwischen Europa und dem Wachstumsmarkt Asien ist für viele Umsteiger attraktiv.

- Dubai hat seiner Fluggesellschaft einen gigantischen Heimatflughafen spendiert, der das Umsteigen zum Shoppingerlebnis macht.

- Emirates zahlt in Dubai nur minimale Steuern und Gebühren, die sich in einem niedrigen Ticketpreis niederschlagen.

- Das Kerosin ist in dem Ölförderstaat billiger als anderswo.

Platz zwei in der Statistik der meisten Auslandspassagiere belegte 2009 immerhin die deutsche Lufthansa. Sie profitiert von der zentralen Lage in Europa, der Rolle Deutschlands als führende Exportnation – mit entsprechendem Geschäftsreiseverkehr – und dem Fernweh der heimischen Bevölkerung.

Bremsend wirkt sich hingegen die zum Jahresanfang eingeführte Luftverkehrssteuer aus, die das Drehkreuz Deutschland schwächt – insbesondere Frankfurt.

Mit Singapore Airlines und Cathay Pacific aus Hongkong zählen zwei weitere asiatische Airlines international zu den Top Ten. Die

amerikanischen Gesellschaften rangieren im grenzüberschreitenden Verkehr dagegen weiter hinten. Sie bedienen vorrangig Strecken im eigenen Land:

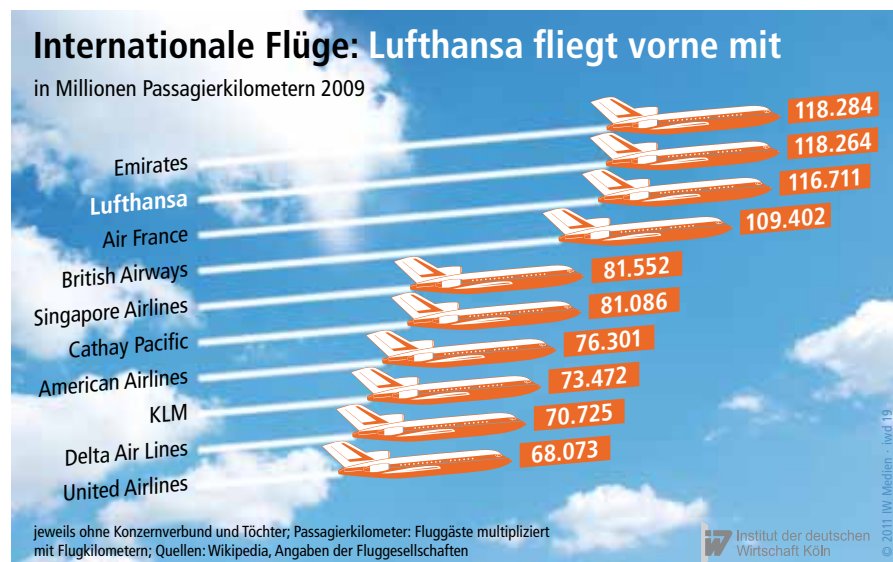
Bei den US-Airlines entfallen nur circa vier von zehn Passagierkilometern auf das internationale Geschäft, während es bei den europäischen Fluggesellschaften 90 bis 100 Prozent sind.

Selbst bei der Lufthansa macht der grenzüberschreitende Flugverkehr 96 Prozent der Passagierkilometer aus – auch, weil die innerdeutschen Zubringerstrecken nach Frankfurt vergleichsweise kurz sind. Wettbewerber Air France dagegen zählt auch Langstreckenverbindungen in die Überseedepartements, etwa nach Neukaledonien oder Französisch-Guayana, zu den Inlandsflügen.

Die Flotten der großen Zwei

Emirates. Aktuell unterhält der Carrier aus dem Wüstenstaat fast 150 Großraumflieger; darunter 15 zweistöckige A380. Mit zusätzlich 75 Bestellungen sind die Araber der mit Abstand wichtigste Kunde für den Europa-Jumbo. Deshalb dürfte der europäische Luftfahrtkonzern Airbus mit einem gewissen Unbehagen auf die politischen Unruhen in der arabischen Welt blicken.

Lufthansa. Im Frühjahr 2011 zählte die Flotte des Unternehmens 101 Großraummaschinen im Passagierverkehr, weitere 29 der Typen A380 und B747-8 sind bestellt. Darüber hinaus besitzt der europäische Branchenprimus auch 265 kleinere Maschinen, und die Konzerntöchter, z.B. Germanwings, betreiben noch einmal 370 Flieger.



Ein Etat für kluge Köpfe

Bildung und Forschung. Bund und Länder müssen sparen. Doch sollen deshalb auch die Bereiche Bildung und Forschung beschnitten werden? Bloß nicht, lautet die Antwort des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), das vielmehr für Umschichtungen innerhalb der Budgets plädiert. Solche Umstrukturierungen könnten die öffentlichen Haushalte sogar entlasten. *)

Schulen und Hochschulen dichtmachen, Lehrer entlassen, Forschungsgelder zusammenstreichen: All das würde Milliarden Euros sparen, bloß sinnvoll wäre es kaum. Denn ohne cleveren Nachwuchs und neue Ideen kommt jede Volkswirtschaft zum Erliegen. Dennoch sind die Budgets im Bildungs- und Forschungssektor nicht sakrosankt. Das IW Köln zeigt, wie die Wachstumspotenziale der Bundesrepublik langfristig gestärkt werden können, ohne dass die Staatsausgaben für Bildung und Forschung zwingend erhöht werden müssen:

- **Innovationstreiber Bildung:** Kluge Köpfe braucht das Land. Gewinnen lassen sich diese durch eine gezielte Zuwanderungspolitik, eine leichtere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, den Ausbau der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Aktivierung älterer Mitarbeiter sowie eine gute Schulausbildung.

Unerlässlich ist der Ausbau der frühkindlichen Förderung (Grafik):

Zusätzliche Betreuungsplätze für unter Dreijährige, eine Höherqualifizierung der Erzieher und Sprachfördermaßnahmen verursachen im Jahr 2020 rund 3,2 Milliarden Euro Mehrkosten.

Bildung: Früh fördern statt spät nachqualifizieren

Um die frühkindliche Förderung und Schulbildung zu verbessern, muss der Staat bis 2020 in weitere Maßnahmen investieren. Aufgrund der demografischen Entwicklung kann er dabei unter dem Strich dennoch Geld sparen, in Milliarden Euro

Maßnahme

Mehrausgaben im Jahr 2020 gegenüber 2007

Ausbau der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder auf 615.000 Plätze

1,5 bis 1,6

Höherqualifizierung der Erzieher in Kindertagesstätten plus zusätzliche Sprachförderung der Kinder

1,7

Ausbau der Ganztagschulen

5,3 bis 8

Finanzierungsquellen

Einsparungen im Jahr 2020 gegenüber 2007

Einsparungen durch rückläufige Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

8,3 bis 8,8

Einsparungen durch weniger Kindergeldzahlungen und kinderbezogene Steuerentlastungen

5,2

Rückgang der Nachqualifizierung

2,8

Ausbau der Förderung für unter dreijährige Kinder: Mehrausgaben im Jahr 2020 gegenüber 2009; Rückgang der Nachqualifizierung: Aufgrund der besseren Förderung sinken langfristig die Kosten für die Berufsvorbereitung und andere Programme des Übergangsystems, die der Staat Jugendlichen mit mangelnder Ausbildungsreife anbietet; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 19

Darüber hinaus sollten die Ganztagschulen weiter ausgebaut werden, was mit weiteren 8 Milliarden Euro zu Buche schlagen könnte.

Diesen Zusatzkosten stehen jedoch Einsparpotenziale gegenüber, die vor allem auf die demografische Entwicklung zurückzuführen sind. Weniger Schüler, weniger Kindergeldzahlungen, weniger kinderbezogene Steuerentlastungen und ein Rückgang der Nachqualifizierungsmaßnahmen könnten in der Summe im Jahr 2020 für eine Entlastung von insgesamt 16,8 Milliarden Euro sorgen – so dass trotz Mehraufwendungen für Betreuung und Ganztagschulen gegenüber dem Status quo Geld gespart wird.

- **Innovationstreiber Forschung:** In Deutschland wird zu wenig in die Forschung und Entwicklung (FuE) investiert. Um das Volumen anzukurbeln, bietet sich die Einführung spezifischer steuerlicher Anreize an, was zwar Zusatzkosten von 3,7 bis 4,8 Milliarden Euro pro Jahr nach

sich ziehen könnte, aber auch positive Effekte hat: So führt jeder Euro, der für steuerliche FuE-Fördermaßnahmen ausgegeben wird, im Schnitt zu knapp einem Euro zusätzlicher unternehmerischer Forschungs- und Entwicklungsaktivität.

Gegenfinanziert werden könnte das Ganze durch eine Verschlan-
kung der rund 40 Ressortforschungseinrichtungen, die von den Bundesministerien betrieben werden. Durch Zusammenlegung und Übertragung von Aufgaben ließen sich so 2020 rund 1 Milliarde Euro einsparen.

Auch die Grundetats der staatlich finanzierten Forschungseinrichtungen könnten gekürzt werden. Lediglich die Institute der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft sollten hiervon ausgenommen werden, da sie zur internationalen Forschungselite gehören.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42,00 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Die Zukunft ist bunt

Energie. Atomkraft ist Vergangenheit, erneuerbare Energien sind die Zukunft, heißt es unisono in allen politischen Lagern. Doch ganz so einfach ist es nicht. Fossile Energieträger werden noch lange eine Rolle spielen. So lagert etwa für die nächsten 1.000 Jahre genug Kohle unter der Erde.

Der wichtigste Energieträger in Deutschland ist Erdöl. Mit einem Drittel leistet es den größten Beitrag zur Versorgung mit Primärenergie (Grafik). Und das wird auch erst einmal so bleiben, vor allem im Verkehrsbereich.

Bei der Stromproduktion sieht es anders aus. Hier spielt Erdöl praktisch keine Rolle. Braunkohle, Kernenergie und Steinkohle sind bis jetzt mit fast 24 beziehungsweise 23 und 19 Prozent die wichtigsten Strom-Ressourcen. Anfang der 1990er Jahre waren diese drei Energieträger noch bedeutender – sie machten das Rennen praktisch unter sich aus.

Seit Fukushima ist klar: Die Kernkraft ist zumindest hierzulande ein Auslaufmodell. Und für die Kohle kommt es darauf an, dass moder-

nere Kraftwerke entstehen, die wirtschaftlich und auch kohlendioxidarm Strom produzieren. An Bedeutung gewinnen werden Erdgas und die erneuerbaren Energien. Doch diese müssen sich erst noch bewähren – und das gelingt nur, wenn die Erzeugungskosten deutlich sinken.

Von daher gilt nach wie vor: Den Energiehunger der Welt stillen meist fossile Energierohstoffe – entgegen manch landläufiger Meinung gibt es auch noch genug.

Insgesamt reichen die fossilen Energievorkommen beim gegenwärtigen Verbrauchsniveau bis Mitte des nächsten Jahrtausends.

Der weitaus größte Teil dieser Vorkommen entfällt auf Kohle (Grafik). Die vermuteten weltweiten Bestände summieren sich auf fast

500.000 Etajoule, was dem gesamten Bedarf an Energierohstoffen von gut 1.000 Jahren entspricht.

Die Reserven an Erdgas, also die Mengen, die nachweislich vorhanden und zu heutigen Preisen wirtschaftlich förderbar sind, liegen bei etwa 7.000 Etajoule und entsprechen ungefähr den Erdölreserven. Noch besser sieht die Versorgungssituation aus, wenn man die Gasvorkommen mit einbezieht, die in schwerer zugänglichen Stätten lagern – etwa in festen Gesteinsschichten wie Schiefer. Diese zusätzlichen Erdgas-Ressourcen haben eine Größenordnung von 9.000 Etajoule.

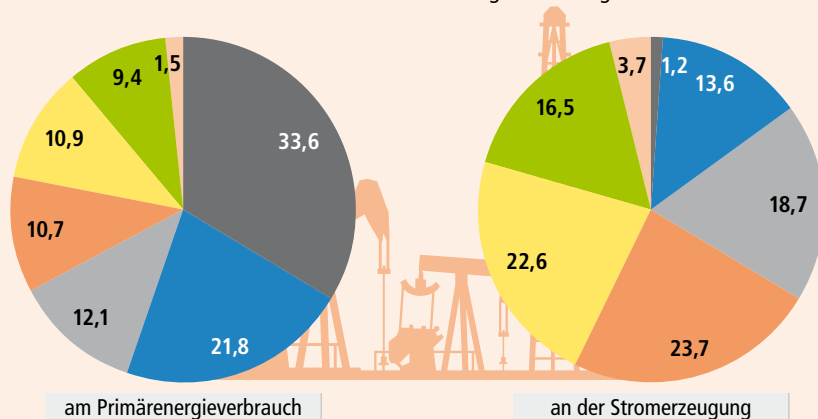
Mit weiteren unkonventionellen Ressourcen werden die Erdgasvorkommen in neue Dimensionen katapultiert – auch wenn sich eine Förderung heute oft noch nicht lohnt:

Experten schätzen die Vorkommen an nicht konventionellem Erdgas auf etwa das Zehnfache aller konventionellen Erdölvorräte.

Energie: Fossile Quellen dominieren

Anteil der Energieträger in Deutschland im Jahr 2010 in Prozent

■ Mineralöl ■ Erdgas ■ Steinkohle ■ Braunkohle ■ Kernenergie ■ Erneuerbare Energien ■ Sonstige



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 19

Fossile Energiequellen: Viel Kohle

Geschätzte weltweite Vorkommen in Etajoule

Kohle	497.000
Erdgas aus nicht konventionellen Vorkommen	103.000
Erdgas	16.000
Erdöl aus nicht konventionellen Vorkommen	16.000
Erdöl	11.000

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 19

Wasserkraft: In Südamerika stark genutzt

So viel Prozent des in diesen Ländern produzierten Stroms stammten 2008 aus Wasserkraft

	in Terawattstunden	
Paraguay	100	55
Norwegen	98	141
Kolumbien	83	46
Brasilien	80	370
Venezuela	73	87
Österreich	61	41
Kanada	59	383
Schweden	46	69
China	17	585
Russland	16	167
Italien	15	47
Indien	14	114
Frankreich	12	68
Japan	8	83
USA	6	282
Deutschland	4	27

Länderauswahl: größte Erzeuger von Strom aus Wasserkraft; Quelle: Internationale Energie Agentur

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW-Medien - Ind 19

Gerade in den USA spielen die neuen Gasvorräte eine wichtige Rolle. Das zusätzliche Angebot sorgt für moderate Preise. So hat sich Erdgas in den vergangenen Monaten deutlich langsamer verteuert als Erdöl.

Auch in Deutschland wird nach neuen Gasvorräten gesucht. Ob aber beispielsweise im Münsterland in großem Maße Gas zutage gebracht wird, ist von vielen Faktoren abhängig. So muss erkundet werden, wie groß die Vorkommen wirklich sind. Zudem entscheiden die Förderkosten darüber, ob sich entsprechende Anstrengungen heute schon lohnen, oder erst bei höheren Gaspreisen. Nicht zuletzt müssen sich Umweltschäden, die durch die aufwendigen Fördertechniken entstehen könnten, in Grenzen halten.

Nach den fossilen Brennstoffen ist auch die Wasserkraft eine wichtige Quelle zur Stromerzeugung. Im Jahr 2008 wurden so in Deutschland 27 Terawattstunden Strom erzeugt, was allerdings einem Anteil von gerade einmal 4 Prozent an der gesamten Stromerzeugung entsprach.

In anderen Ländern wird Wasser weit mehr genutzt, etwa in den wasserreichen und gebirgigen Regionen Südamerikas, Skandinaviens oder in den Alpen (Grafik).

Den höchsten Anteil der Wasserkraft an der Stromerzeugung haben mit nahezu 100 Prozent Paraguay und Norwegen.

Der – absolut gesehen – größte Nutzer der Wasserkraft ist China. Dort wurden so 2008 rund 585 Terawattstunden Energie gewonnen. Das entspricht etwa 90 Prozent der in Deutschland erzeugten Elektrizität.

Wie stark Länder auf Wasserenergie zurückgreifen können, hängt vor allem von den geografischen Gegebenheiten ab. Je größer die Fallhöhe und die durchfließende Menge an einem Standort sind, desto mehr Leistung kann installiert werden. Stauseen können Durchfluss und Fallhöhe beeinflussen. Im größten Wasserkraftwerk der Erde, dem Drei-Schluchten-Damm am Jangtschikiang in China, ist eine Leistung von 18.200 Megawatt installiert. Das größte Wasserkraftwerk hierzulande verfügt nur über eine Leistung von 1.000 Megawatt.

Anders als der Wind oder die Sonne ist Wasserkraft ständig verfügbar. Überschüssige Wind- oder Sonnenenergie könnte in Pumpspeicherkraftwerken zudem dazu genutzt werden, Wasser in höher gelegene Becken zu transportieren – der einmal erzeugte Strom wird somit genutzt bzw. „zwischengespeichert“. Denn wenn der Wind für eine Weile ausbleibt oder die Sonne nicht scheint, kann das gespeicherte Wasser wieder abgelassen und in Strom umgewandelt werden.

Der Ausbau der Wasserkraft in Deutschland stagniert allerdings seit mehr als 20 Jahren. Verglichen mit anderen erneuerbaren Energien verliert die Wasserkraft zunehmend an Bedeutung.

Während 1990 mehr als 90 Prozent der regenerativ erzeugten Elektrizität aus Wasserkraft gewonnen wurde, hat sich ihr Anteil bis zum Jahr 2009 auf 20 Prozent verringert.

Der Grund: Das Potenzial der nutzbaren Wasserkraft ist in Deutschland weitgehend ausge-

schöpft. Ausbaumöglichkeiten gibt es in geringem Umfang lediglich durch die Modernisierung bestehender Anlagen. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, neue Speicherbecken anzulegen. Solche Projekte greifen jedoch stark in die Natur ein und stoßen daher in der Regel auf erhebliche Widerstände in der Bevölkerung.

Immerhin: In der Schweiz, Österreich und Norwegen dürfte die Wasserkraft an Bedeutung gewinnen. Zusätzliche Speicherkapazitäten in diesen Ländern erhöhen auch das Nutzungspotenzial der erneuerbaren Energien in Deutschland – vorausgesetzt, es existieren genug grenzüberschreitende Stromleitungen. Und genau daran mangelt es in Europa noch.

Handelsabkommen wirft Fragen auf

EU-Japan-Gipfel. Am 28. Mai treffen sich in Brüssel die Regierungschefs der Europäischen Union mit der japanischen Führung zu einem turnusgemäßen Gipfel. Ein zentrales Thema wird dabei ein mögliches bilaterales Freihandelsabkommen zwischen den Wirtschaftsmächten sein. Eine solche Vereinbarung wäre jedoch aus mehreren Gründen problematisch.

Generell wollen die Gipfelteilnehmer eine breite Palette von Themen behandeln – auf der Agenda stehen z.B. Gespräche über eine stärkere Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, die Bekämpfung der Produktpiraterie und der Klimawandel.

Dennoch werden die Delegationen wohl vor allem über das bilaterale Freihandelsabkommen diskutieren, das die Japaner schon seit längerem fordern. Ein solcher Abbau der Barrieren im Warenverkehr scheint naheliegend – schließlich ist der Güteraustausch zwischen den

beiden Regionen nicht allzu rege (Grafik):

Die EU lieferte im Jahr 2010 nur 3,2 Prozent ihrer Warenexporte nach Japan und bezog von dort lediglich 4,3 Prozent ihrer Wareneinfuhren – damit war Nippon gerade einmal der sechstgrößte Handelspartner.

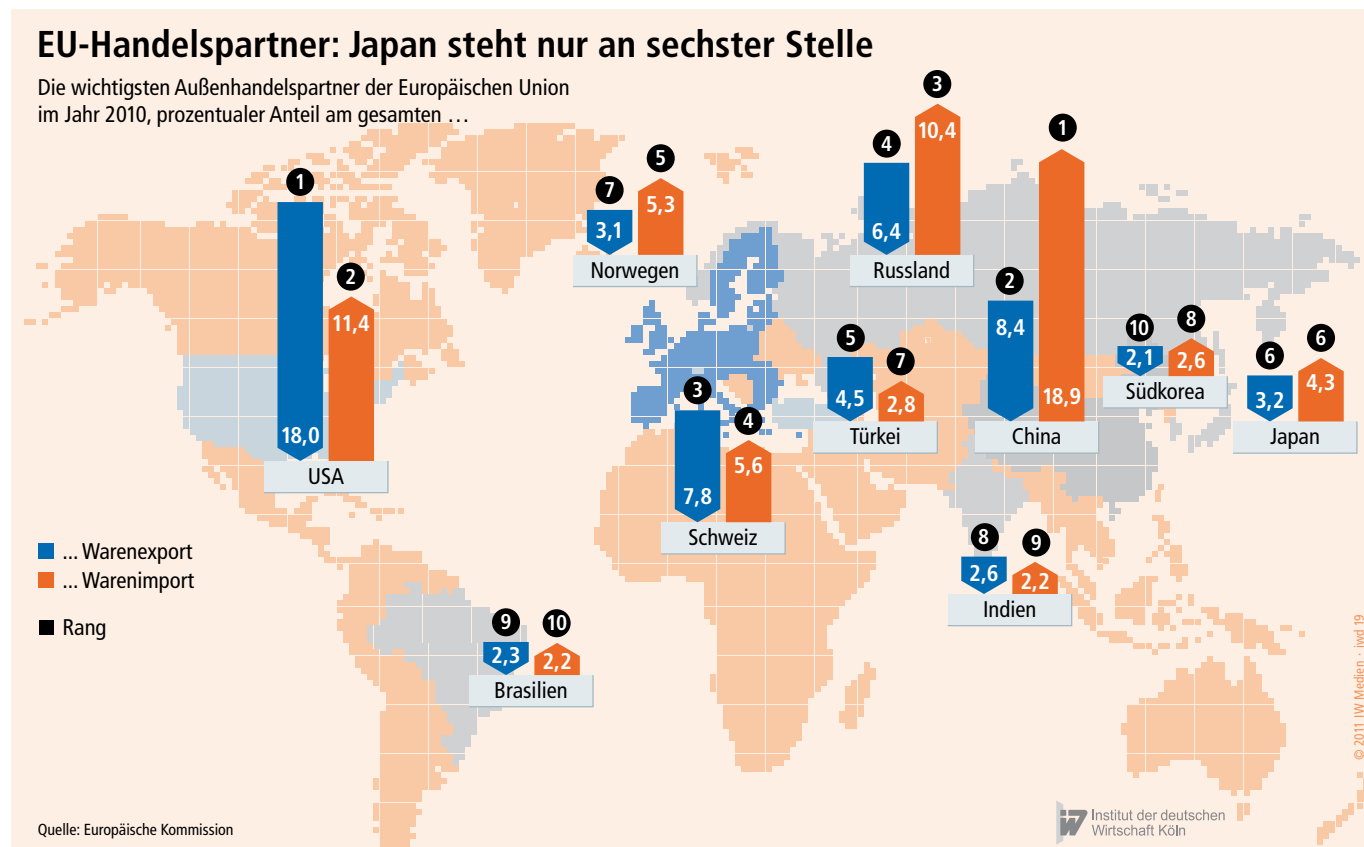
Dies verwundert insofern, als Japan hinter den USA und China die weltweit drittgrößte Wirtschaftsation ist. Zudem sind die Zollhürden für den Warenverkehr niedrig – nach Angaben der Welthandelsorganisation erhebt die EU auf Industrieer-

zeugnisse im Schnitt recht niedrige Importzölle von 4 Prozent, Japan sogar nur von 2,5 Prozent.

Allerdings stellt die geringe Handelsverflechtung mit Japan kein spezifisches Problem der Europäer dar – vielmehr ist die japanische Wirtschaft generell ziemlich binnenorientiert (Grafik Seite 7):

Die Wareneinfuhren Japans betragen im Jahr 2010 lediglich knapp 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Damit lag die Importquote etwa auf demselben Niveau wie in den USA und der EU, obwohl deren heimischer Markt jeweils fast dreimal so groß ist wie der japanische. Dies widerspricht einer ökonomischen Faustregel, wonach eine Volkswirtschaft eine umso größere Importquote hat, je kleiner sie ist.



Dass Japan nicht in dieses Muster passt, hat wesentlich mit den zahlreichen nicht tarifären Handelshemmnissen zu tun. Der japanische Markt ist für ausländische Firmen oft schwer zugänglich, weil Tokio spezielle Produktstandards vorgibt, aufwendige Zulassungsvorschriften beachtet werden müssen und innerhalb Japans ein recht abgeschottetes Lieferantensystem besteht.

Bislang haben die Europäer die Position vertreten, dass Japan erst einmal wichtige nicht tarifäre Hürden abbauen soll, bevor ein Handelsabkommen in den Bereich des Möglichen rückt. Hinzu kommt, dass die bisherigen Erfahrungen mit solchen bilateralen Verträgen längst nicht nur positiv sind (Kasten).

Dennoch könnten auf dem EU-Japan-Gipfel die Signale für die Verhandlungen über ein Abkommen auf grün gestellt werden. Doch welche Auswirkungen hätte eine solche Vereinbarung?

Die dazu vorliegenden Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass Japan von einem Handelsabkommen klar profitieren würde. Besonders die japanische Autobranche könnte sich über zusätzliche Exporterlöse freuen. Für die

EU gehen die Einschätzungen dagegen weit auseinander:

Je nach Studie würde ein bilaterales Handelsabkommen mit Japan der EU innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre entweder einen Wohlfahrtszuwachs von maximal 33 Milliarden Euro oder aber Verluste von bis zu 14 Milliarden Euro bescheren.

Auch wenn aus ökonomischer Sicht jeder Abbau von Handelsbarrieren zu begrüßen ist, so wäre ein Minus für die Europäer wohl kaum akzeptabel. Zudem ist die Belastbarkeit einiger Analysen recht fraglich, denn sie treffen zum Teil sehr optimistische Annahmen – die Untersuchungen gehen etwa von einem vollständigen Abbau der Agrarzölle aus, was kaum realistisch ist.

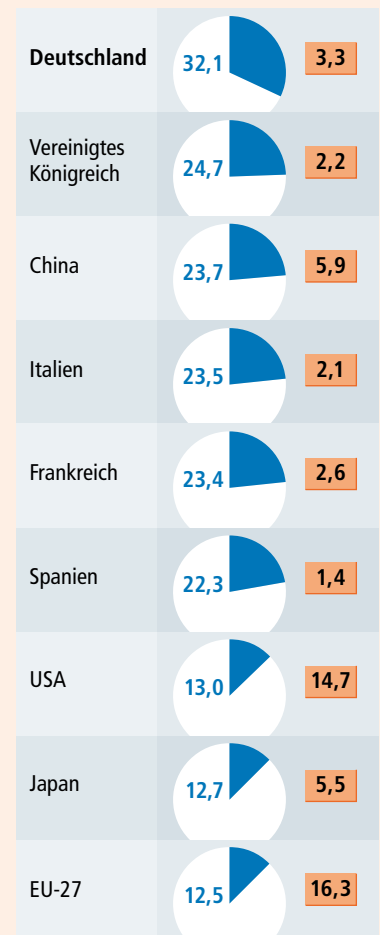
Die EU tut also gut daran, ein bilaterales Handelsabkommen mit Japan sorgfältig zu prüfen. Und selbst nach dessen Inkrafttreten bliebe die Unsicherheit groß. Japan würde im Rahmen des Abkommens voraussichtlich vor allem seine nicht tarifären Hürden abbauen. Solche Regulierungen könnte das Land später aber jederzeit neu einführen – etwa unter Berufung auf Ziele wie Gesundheit, öffentliche Sicherheit oder Umweltschutz.

Importe: Japan ist eher verschlossen

im Jahr 2010

■ **Warenimporte**
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ **Bruttoinlandsprodukt**
in Billionen Dollar



EU-27: ohne Warenimporte innerhalb der EU
Ursprungsdaten: Eurostat,
Internationaler Währungs-
fonds, OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 19

Bilaterale Handelsabkommen

Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren vor allem mit einigen aufstrebenden Schwellenländern bilaterale Verträge zum Abbau von Handelsbeschränkungen unterzeichnet – etwa mit Peru und Kolumbien. Aber auch mit Südkorea, einem wichtigen Konkurrenten Japans, besteht ein solches Abkommen. Verhandlungen mit weiteren südostasiatischen Staaten sowie Indien laufen.

Ein gewichtiger **Vorteil** dieser bilateralen Vereinbarungen besteht darin, dass sie den Exportfirmen der EU den Weg in wichtige Märkte in einer Zeit ebnen, in der die weitere Liberalisierung des globalen Handels im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) stockt.

Doch es gibt auch zahlreiche **Probleme**. So führen die Abkommen zu einem unübersichtlichen Nebeneinander von unterschiedlichen Handelsregeln – damit zurechtzukommen bedeutet gerade für mittelständische Unternehmen einen erheblichen Kostenaufwand. Außerdem diskriminieren bilaterale Abkommen Drittländer. Nicht zuletzt könnten jene Staaten, die bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen haben, weniger an einer „großen Lösung“ im Rahmen der WTO interessiert sein – ein Abschluss der dort laufenden Verhandlungen wäre dann noch schwerer zu erreichen. Um die WTO nicht weiter zu schwächen, sollte die EU grundsätzlich wie bisher auf bilaterale Zollabkommen mit Japan und den USA verzichten.

Das leise Sterben der Gemeinden

Kommunen. Deutschlands Städte und Gemeinden sind so knapp bei Kasse wie noch nie. Zu kämpfen haben sie auch mit einem Bevölkerungsrückgang. Viele Ortschaften müssen deshalb mit Nachbargemeinden enger kooperieren oder sich sogar zusammenschließen.

Jeden zweiten Tag verschwindet in Deutschland eine Gemeinde von der Landkarte. Die Zahl der Kommunen ist seit dem Jahr 2000 von 13.850 auf zuletzt etwa 11.300 gesunken – das entspricht einem Rückgang von 15 Prozent (Grafik).

Grund dafür ist, dass sich immer mehr kleine Kommunen zu größeren Einheiten zusammenschließen müssen, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Viele dieser Fusionen kamen durch Gebietsreformen zustande – so die Kreisreformen in Sachsen-Anhalt 2007, in Sachsen 2008 und in Mecklenburg-Vorpommern 2011, die die Anzahl der Kommunen deutlich verringerten:

In Sachsen-Anhalt schrumpfte die Zahl der Kommunen im Zuge der Reform von über 1.000 auf 219.

In Bundesländern mit sehr kleinteiligen und unterschiedlich großen Kommunen stehen noch Gebiets- und Verwaltungsreformen an. So gibt es in Rheinland-Pfalz rund 2.300 Orte, die im Schnitt nur 1.200 Einwohner haben – Gemeinden, die nun zusammengefasst werden sollen.

Bei einer Eingemeindung legen Kommunen ihre Aufgaben zusammen. Dabei gehen meist kleine Orte in größeren auf. Vor allem der Juniorpartner kann davon profitieren, da er häufig alleine nicht mehr überlebensfähig ist. Immer öfter müssen Ortschaften aufgrund der angespannten Haushaltslage miteinander kooperieren:

Die Gemeinden schlossen das Jahr 2010 mit einem Rekorddefizit von insgesamt 7,7 Milliarden Euro ab.

Vor allem die höheren Sozialausgaben machen den Verwaltungen zu schaffen. Die Sozialtats summierten sich zuletzt auf 42,1 Milliarden Euro – das waren 4,5 Prozent mehr als im Jahr 2009. Der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung lässt auf bessere Zeiten für die Kommunen hoffen – dennoch bleibt die Lage weiter angespannt.

Zu kämpfen haben die Städte und Gemeinden außerdem mit Wande-

Kommunen: Alle zwei Tage eine weniger

Gemeinden in Deutschland



2000	13.837
2001	13.416
2002	13.148
2003	12.631
2004	12.431
2005	12.340
2006	12.312
2007	12.263
2008	12.227
2009	11.993
2010	11.500
2011	11.340

ab 2010: IW-Schätzung
Quelle: Statistisches Bundesamt Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw19

rungsbewegungen innerhalb der Bundesrepublik und den Folgen des demografischen Wandels. So schrumpfte die Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren bereits auf aktuell 81,7 Millionen Einwohner. Experten gehen davon aus, dass die dieses Jahr stattfindende Volkszählung zeigen wird, dass Deutschland in Wahrheit heute schon deutlich weniger Einwohner als 80 Millionen Köpfe zählt.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Selbermachen ist angesagt

Vorleistungsverbund. Der Metall- und Elektro-Sektor ist zu einem beträchtlichen Teil sein eigener Zulieferer. Die Unternehmen beziehen nur wenige Vorprodukte von außen. Selbst Dienstleistungen kaufen M+E-Firmen nur relativ selten zu.

Wer vom Stuttgarter Flughafen mit der Bahn Richtung Sindelfingen fährt, kommt an einem M+E-Unternehmen nach dem anderen vorbei. Es wäre schon verwunderlich, wenn diese Firmen nicht zusammenarbeiten, also Cluster bilden würden. Den Grad der Zusammenarbeit dokumentiert das Statistische Bundesamt regelmäßig, zuletzt für 2007.

Danach bezieht der Metall- und Elektro-Sektor – er umfasst alle Unternehmen einschließlich der kleineren mit weniger als 20 Beschäftigten – inzwischen fast die Hälfte seiner Vorleistungen aus der eigenen Branche. Vor allem Betriebe der Metallbearbeitung und -verarbeitung

Adressaufkleber

M+E-Vorleistungen: Die Hälfte aus der eigenen Branche

So setzt sich die Bruttowertschöpfung im M+E-Sektor zusammen in Prozent

Vorleistungen ...	der eigenen M+E-Branche	anderer M+E-Branchen	der sonstigen Industrie	von Dienstleistern	Eigene Bruttowertschöpfung
Elektroindustrie	30,8	8,1	6,0	18,7	35,6
Maschinenbau	21,1	20,7	5,5	16,8	35,4
Metallbearbeitung und -verarbeitung	49,6	2,1	7,7	11,8	25,5
Fahrzeugbau	38,7	18,0	8,2	14,0	20,7
M+E-Sektor insgesamt	48,8	7,1	14,9	27,9	27,9

Stand: 2007; Rest zu 100: andere Branchen; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2011 IW Medien - Iwd 19

tauschen sich gegenseitig aus (Grafik). Die Metallverarbeitung ist mit einem Anteil von 44 Prozent sogar der wichtigste Vorleistungslieferant für den gesamten M+E-Sektor.

Der Fahrzeugbau kauft ebenfalls relativ viel bei Unternehmen der eigenen Branche ein. Fahrzeughersteller lassen sich beispielsweise komplette Baugruppen wie Einspritzsysteme zuliefern. Diese Produktionsverflechtung bringt beiden Seiten Vorteile – nicht zuletzt dient sie der Spezialisierung. Die einzelnen Firmen können sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Die Unternehmen aus der Rubrik „sonstige Industrie und Dienstleister“ sind für den Metall- und Elektro-Sektor als Zulieferer hingegen nicht ganz so wichtig:

- **Die sonstige Industrie** steuert zur Wertschöpfung des M+E-Sektors nur 7 Prozent bei. Allein der Fahrzeugbau kauft in nennenswertem Umfang bei branchenfremden Industriebetrieben ein – etwa Reifen bei der Gummi- und Kunststoffindustrie oder Autoscheiben bei den Glasherstellern.

- **Die Dienstleister** bekommen vom Wertschöpfungskuchen des M+E-Sektors 15 Prozent ab, wobei die Elektro-Industrie die meisten Aufträge vergibt – an Entwicklungsbüros, Anwälte oder Architekten.

Dass die M+E-Wirtschaft lieber auf die eigenen Kompetenzen setzt, zeigt auch ein Blick zurück: 1998 wurden noch 25 Prozent des Produktionswerts von anderen zugekauft, heute sind es nur gut 20 Prozent.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowiec, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.